

News Archiv 2019

2019-11-03 10:30

[Anderl stellt sich hinter Rendi-Wagner](#)

Die Präsidentin der Arbeiterkammer (AK), Renate Anderl, hat sich am Samstag hinter SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner gestellt und Kritik an deren Parteiführung zurückgewiesen. Rendi-Wagner sei „die richtige Frau an der richtigen Stelle“, so Anderl. Das Problem sei vielmehr, dass die SPÖ nicht geschlossen auftrete. Aber es „kann nur noch bergauf gehen“.

„Sie ist eine tolle Frau, sie macht das. Die Partei muss dafür sorgen, dass auch das Umfeld passt“, sagte Anderl in der Ö1-Interviewreihe „Im Journal zu Gast“ am Samstag – mehr dazu in [oe1.ORF.at](#). Mit Rendi-Wagner habe die Sozialdemokratie „eine ganz tolle Parteivorsitzende“, die die Aufgabe übernommen habe, als keiner gewollt habe, so die AK-Präsidentin weiter.

Im Gespräch ging es hauptsächlich um die Situation in der SPÖ. Anderl gehört der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) an. Sie selbst wollte aber der Partei nichts über Medien ausrichten. Es sei als AK-Präsidentin nicht ihre Aufgabe, der SPÖ zu sagen, was gut und was schlecht sei. Trotzdem mahnte sie, dass man innerhalb der Sozialdemokratie wieder geschlossener auftreten sollte. „Da fehlt noch einiges dazu“, so Anderl.

Wahl zum falschen Zeitpunkt

Im vergangenen Wahlkampf fehlte, so die AK-Präsidentin, auch eine Erzählung. Zudem sei die Nationalratswahl zu einer Zeit gekommen, als Rendi-Wagner gerade versuchte, die SPÖ als Oppositionspartei aufzustellen. Es sei dringend notwendig, dass die Partei weiter zu ihren Themen steht, selbst wenn sie derzeit in der Bevölkerung nicht ankommen.

SPÖ: Welche Richtung stimmt?

Dass die FSG bei der letzten AK-Wahl im Frühjahr mit 60 Prozent einen historischen Sieg errungen hat, während die SPÖ ihr schlechtestes Ergebnis bei einer bundesweiten Wahl einfuhr, sei nicht zu vergleichen. „Wir hatten zu dieser Zeit eine Politik, die Gesetze gegen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen beschlossen hat“, so Anderl. Die SPÖ müsse aber alle Mitglieder vertreten, egal ob Unternehmer oder Beschäftigte.

Anderl sieht aber derzeit auch eine Chance für die SPÖ. „Sie startet neu durch, sie macht Reformen. Und ich bin davon überzeugt, dass sie die richtigen Maßnahmen setzen wird. Daher kann es jetzt nur noch bergauf gehen“, so die AK-Präsidentin. Über den Sondierungsabbruch der SPÖ wollte sie nicht sprechen. Es gehe ihr vielmehr darum, wer tatsächlich in der nächsten Regierung sitzt und welche Politik für die arbeitende Bevölkerung gemacht wird.

Anderl: WählerInnen wollen keine Regierungsbeteiligung

Nach „so einer Wahl“ sei es nicht der Wunsch der Wählerinnen und Wähler, dass sich die SPÖ an der Regierung beteiligt. Sie sei ohnehin davon überzeugt, dass die ÖVP nach den Sondierungen mit den Grünen Regierungsgespräche aufnehmen werde.

Die SPÖ sei im Zuge des Nationalratswahlkampfes auch auf sie zugekommen und habe gefragt, ob sie nicht auf einer Liste kandidieren möchte. Anderl lehnte allerdings ab. Sie möchte weiter „überparteilich unterwegs sein“ und für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen eintreten.

Denn der Druck nehme auf allen Arbeitsplätzen zu. „Ich möchte mit meinem Team dafür sorgen, den Druck etwas abzuschwächen. Auch mit vielen Forderungen, die wir schon an die künftige Regierung gerichtet haben. Deshalb kann ich auch sagen, dass ich keine parteipolitische Funktion annehmen werde“, so Anderl.

Für Millionärssteuer, gegen CO2-Steuer

Im Gespräch betonte Anderl die Forderungen der Arbeiterkammer nach einer Millionärssteuer. „Wir merken, dass genug Geld im Land ist, aber unterschiedlich verteilt“, sagte Anderl. Gerade für den Pflegebereich werde man Geld benötigen. Auch lehnte sie abermals eine CO2-Steuer ab. „Wenn wir von einer CO2-Steuer sprechen, belasten wir die Falschen, nämlich jene, die nach Wien kommen. Das ist der falsche Zugang“, so die AK-Präsidentin.

Auf den Hinweis, dass Studien belegten, dass die oberen zehn Prozent für mehr als 50 Prozent des CO2-Ausstoßes verantwortlich sind und dementsprechend eine CO2-Steuer die Wohlhabenderen wohl stärker betreffen würde als finanziell Schwächere, antwortete Anderl: „Es gibt viele Modelle. Wie kann ich jene, die es trifft und die es sich nicht leisten können, entlasten. Da haben wir das Modell noch nicht. Der wichtigere Weg wäre ja, den CO2-Ausstoß zu verhindern.“

Österreich müsse in den kommenden Jahren zehn Milliarden Euro in die Hand nehmen, um geschlossene Bahnverbindungen wieder aufzumachen. Außerdem müsse der öffentliche Verkehr zu den Menschen gebracht werden. „So wenden wir Strafzahlungen ab und schaffen Beschäftigung“, betonte Anderl.

[Read more ... Anderl stellt sich hinter Rendi-Wagner](#)

[younion-Meidlinger: Kaufkraft stärken, steigende Belastungen ausgleichen!](#)

Start der Gehaltsverhandlungen: Öffentlich Bedienstete haben sich faire Gehaltsanpassung verdient

„Das Verhandlungsergebnis muss die Kaufkraft der öffentlich Bediensteten nachhaltig steigern und die steigenden Belastungen ausgleichen“, forderte heute, Donnerstag, der Vorsitzende der younion _ Die Daseinsgewerkschaft, Christian Meidlinger, zum Start der Gehaltsverhandlungen für den öffentlichen Dienst.

„Die Anforderungen an die ArbeitnehmerInnen des öffentlichen Dienstes steigen ständig. Neue Aufgaben sind hinzugekommen, der Personalstand wurde aber nicht entsprechend angehoben. Trotzdem leisten die Kolleginnen und Kollegen hervorragende Arbeit im Dienst der Bevölkerung. Das muss die Politik anerkennen und entsprechend muss das Verhandlungsergebnis ausfallen“, sagte Meidlinger.

Die Verhandlungen starten heute um 15 Uhr. Festgestellt werden zunächst Inflationsrate und Wirtschaftswachstum.

[Read more ... younion-Meidlinger: Kaufkraft stärken, steigende Belastungen ausgleichen!](#)

2019-10-22 09:29

[Heftige Kritik an Österreichs Standortentwicklungsgesetz](#)

Die EU-Kommission hat kürzlich wegen des umstrittenen Standortentwicklungsgesetzes und einhergehend beschleunigter UVP-Verfahren ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich eingeleitet. Im zugehörigen Schreiben, das der APA nun vorliegt, übt die EU zum Teil heftige Kritik an einigen Teilen des Gesetzes. Beschlossen hatte es die frühere ÖVP-FPÖ-Regierung mit den NEOS.

Die EU-Kommission kritisiert vor allem einen Hauptpunkt des Standortgesetzes, nämlich die erhöhte Genehmigungspflicht („Rechtsvermutung der Genehmigung“). Diese sieht vor, dass eine Behörde – bei besonderem öffentlichen Interesse, das von einem Beirat bestätigt wird – nach zwölf Monaten eine Entscheidung über ein Projekt fällen kann. Dadurch sieht es die EU-Kommission nicht als gesichert an, dass alle Umweltauswirkungen berücksichtigt werden. Das sieht aber wiederum die EU-UVP-Richtlinie vor.

Mangelnder Rechtsschutz

Sobald ein Projekt von einem Beirat, den die Ministerien beschicken, als „standortrelevant“ bzw. „im öffentlichen Interesse“ eingestuft wurde, kommt die „Lex specialis“ – nach Plan der früheren Bundesregierung – zum Zug. Denn sie wiegt schwerer als verschiedene andere gesetzliche Bestimmungen.

Die EU sieht auch einen mangelnden Rechtsschutz, weil es gegen Erkenntnisse des Bundesverwaltungsgerichts kein ordentliches Rechtsmittel mehr gibt. Das geht ebenso aus dem Schreiben aus Brüssel nach Wien hervor.

Österreich muss sich rechtfertigen

Zudem könnte die Öffentlichkeit nach Abschluss eines Verfahrens nicht ausreichend informiert werden. Das Standortentwicklungsgesetz schränkt die Bekanntmachung womöglich ein. Denn es legt nicht fest, dass auch die Ergebnisse der mündlichen Verhandlung und deren Berücksichtigung zu veröffentlichen sind. Auch das verstößt laut EU gegen die UVP-Richtlinie.

Österreich ist nun mit einer Rechtfertigung gegenüber der EU-Kommission am Zug. Ganz am Ende des dann noch weitergehenden Prozesses könnte es eine Klage vor dem EuGH geben. Umweltorganisationen hatten von Anfang an gegen das Standortentwicklungsgesetz und Änderungen in UVP-Verfahren protestiert.

[Read more ... Heftige Kritik an Österreichs Standortentwicklungsgesetz](#)

2019-10-02 12:47

[**youunion: Umstieg in das neue Wiener Bedienstetengesetz rasch ermöglichen!**](#)

Evaluierung ist abgeschlossen – jetzt muss ein Gesetz folgen

„Die zweijährige Evaluierungsphase ist für die youunion abgeschlossen. Jetzt muss ein Gesetz folgen, das den Bediensteten der Stadt Wien eine Möglichkeit zum Umstieg in das neue Wiener Bedienstetengesetz bietet“, forderte heute, Dienstag, youunion _ Die Daseinsgewerkschaft.

Die youunion hat ihre Forderungen bereits an Bürgermeister Michael Ludwig, an den zuständigen Stadtrat Jürgen Czernohorszky und an die Bereichsdirektorin für Personal, Martina Schmied, übergeben. Ein Termin mit Vizebürgermeisterin Birgit Hebein wird noch im Oktober erfolgen. Die youunion fordert nun rasches Handeln der Politik.

Voraussetzung bei der Umsetzung der Optierung ist die absolute Rechtssicherheit für die Kolleginnen und Kollegen. Es muss sichergestellt sein, dass der Umstieg in das neue System den aktuellen Erkenntnissen und Urteilen der EU entspricht.

[Read more ... younion: Umstieg in das neue Wiener Bedienstetengesetz rasch ermöglichen!](#)

2019-09-23 10:59

[younion-Meidlinger: Umstieg ins neue Wiener Bedienstetengesetz rasch möglich machen!“](#)

Die younion _ Daseinsgewerkschaft hat Bürgermeister Michael Ludwig ihre Forderungen übergeben

„Die sozialpartnerschaftlich vereinbarte zweijährige Evaluierungsphase geht demnächst zu Ende. Wir erwarten uns eine zeitnahe Grundsatzentscheidung und ein Bekenntnis der Stadt zu einer Optimierungsmöglichkeit zum Umstieg ins neue Wiener Bedienstetengesetz für unsere Kolleginnen und Kollegen,“ erklärte heute, Montag, der Vorsitzende der Gewerkschaft younion _ Die Daseinsgewerkschaft, Christian Meidlinger.

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Zentralausschusses, Norbert Pelzer, und der Vorsitzenden der Hauptgruppe II, Susanne Jonak, hat Meidlinger die Forderungen der younion an Bürgermeister Michael Ludwig übergeben. Die younion fordert rasche Ergebnisse aus den Verhandlungen über einen Umstieg in das neue Wiener Bedienstetengesetz. Voraussetzung bei der Umsetzung ist die absolute Rechtssicherheit für die Kolleginnen und Kollegen. Es muss sichergestellt sein, dass der Umstieg in das neue System den aktuellen Erkenntnissen und Urteilen der EU entspricht.

Anrechnung der Vordienstzeiten muss bis November geklärt sein

„Die neue Regelung der Vordienstzeiten für MitarbeiterInnen der Stadt Wien muss bis kommenden November zum Gesetz werden“, sagte Meidlinger.

Bereits vergangene Woche hatte die younion die Forderungen der Daseinsgewerkschaft an den zuständigen Stadtrat Jürgen Czernohorszky und die Bereichsdirektorin für Personal Martina Schmied übergeben. Die EU hatte die alte Regelung der Vordienstzeiten gekippt. Bis November soll nun die Bundesregelung in das Wiener Landesrecht übernommen werden, fordert die younion.

Bei der Umsetzung ist darauf zu achten, dass keinem Bediensteten aus dem neuen Gesetz Verluste erwachsen dürfen. Ein Termin zur Übergabe der Forderungen an Vizebürgermeisterin Hebein ist bereits angefragt!

[Read more ... younion-Meidlinger: Umstieg ins neue Wiener Bedienstetengesetz rasch möglich machen!“](#)

2019-09-16 15:36

[AK-Gutachten kritisiert SV-Zusammenlegungen](#)

Eine von der Arbeiterkammer (AK) Wien in Auftrag gegebene Begutachtung sieht in der von Ex-Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) vorgelegten Studie zur Fusion der Sozialversicherungen „gravierende methodische und inhaltliche Schwächen“.

Die Studie attestierte der Fusion hohes Einsparungspotenzial. Laut der AK seien die künftigen Verwaltungskosten falsch berechnet worden. In der Folge sei das Volumen der jährlichen Einsparungen nicht 100, sondern lediglich 30 Millionen Euro, so Wolfgang Panhölzl von der AK Wien.

Auch die Fusionskosten seien „viel zu optimistisch eingeschätzt worden“, heißt es. Die AK verlangt nun von der nächsten Regierung eine „Neuaufstellung der Reform“.

[Read more ... AK-Gutachten kritisiert SV-Zusammenlegungen](#)

2019-09-13 11:39

[SPÖ legt Wahlprogramm vor und warnt vor ÖVP-FPÖ-Koalition](#)

Nach ihren schon bekannten Leitlinien hat die SPÖ für die Nationalratswahl am 29. September nun ein vollständiges Wahlprogramm vorgelegt. Spitzenkandidatin Pamela Rendi-Wagner nutzte die Präsentation heute, um vor einer Rückkehr der ÖVP-FPÖ-Koalition zu warnen. „Wer ÖVP wählt, bekommt FPÖ-Politik“, sagte sie.

Das mehr als 160-seitige Programm – in Aufmachung und Typografie ähnlich Christian Kerns „Plan A“ im Retrolook der 1970er Jahre, als die SPÖ die absolute Mehrheit hatte – steht unter dem Motto „Menschlichkeit siegt“. Angepeilt werde ein Politikwechsel in Richtung Zusammenhalt und sozialer Ausgleich, so Rendi-Wagner.

Drei programmatische Schwerpunkte

Bei einer ÖVP-FPÖ-Koalition sei hingegen die Fortsetzung einer Politik der Spaltung und Hetze, der Verbindung zu rechtsextremen Gruppen und der Korruption zu erwarten, sagte Rendi-Wagner. FPÖ-Chef

Norbert Hofer bettelt quasi um eine Fortsetzung, und auch ÖVP-Chef Sebastian Kurz wolle eine „ordentliche Mitte-rechts-Politik“. Beide hätten nichts aus „Ibiza“ gelernt, so ihr Fazit.

Die SPÖ stellt dem ein Programm mit drei Themenschwerpunkten entgegen. Unter „Aus Liebe zu Österreich“ finden sich Umwelt und Klimaschutz, Sozial- und Gesundheitspolitik, Pflege, Standortpolitik und der ländliche Raum, Wohnen, Korruptionsbekämpfung, Integration (inklusive der Begrenzung „illegaler Migration“ auf null) sowie Kultur und Pressefreiheit.

SPÖ für kilometerabhängige Lkw-Maut

Unter anderem will die Partei eine kilometerabhängige Lkw-Maut auf allen Straßen in Österreich, was eine halbe Mrd. Euro pro Jahr einbringen soll. Dieses Geld wäre Teil eines Klimaschutzfonds, mit dem etwa günstige „Öffi“-Tickets, die Elektrifizierung von Bahnstrecken und eine Pendlerpauschale mit Klimabonus finanziert werden sollen. Damit will man drohende Strafzahlungen im Ausmaß von 6,6 Mrd. Euro verhindern.

„Mit Freude an der Arbeit“ steht bei der SPÖ für deren Steuerreformkonzept samt der bekannten Forderung nach einer Millionärssteuer, Arbeitnehmerrechte, Lehre und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Pensionen. Der letzte Teil heißt „Hoffnung für unsere Kinder“, hier stehen Bildung, die Bekämpfung von Kinderarmut, aber auch Digitalisierung, Neutralitätspolitik und Europa im Mittelpunkt.

Drozda: Programm ausfinanziert

Bundesgeschäftsführer Thomas Drozda betonte, das präsentierte Programm sei ausfinanziert. Einnahmen- und ausgabenseitig wolle man je rund zwölf Mrd. Euro bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode bewegen. Konkret sollen 2,3 Mrd. Euro in die Bereiche Soziales, Gesundheit, Arbeit und Wirtschaft gesteckt werden, 0,9 Mrd. in ein Sicherheits-, Justiz- und Entwicklungszusammenarbeit-Paket fließen, 1,7 Mrd. für Bildung und Kinder aufgenommen werden und sieben Mrd. in Steuersenkungen fließen.

Finanzieren will das die SPÖ mit vier Mrd. Euro aus Budgetüberschüssen laut WIFO-Prognose, 3,2 Mrd. aus Verwaltungseinsparungen und Minderausgaben durch Wachstumseffekte und mit 4,8 Mrd. Euro durch „gerechte Steuern“ auf internationale Großkonzerne, die Schließung von Steuerschlupflöchern und eine Millionärsabgabe.

[Read more ... SPÖ legt Wahlprogramm vor und warnt vor ÖVP-FPÖ-Koalition](#)

2019-09-12 13:41

[younion-FSG: Umstieg in das neue Wiener Bedienstetengesetz ermöglichen!](#)

Anrechnung der Vordienstzeiten muss bis November geklärt sein

„Die neue Regelung der Vordienstzeiten für MitarbeiterInnen der Stadt Wien muss bis kommenden November zum Gesetz werden“, forderte heute, Donnerstag, der FSG-Landesvorstand in der younion – Die Daseinsgewerkschaft. Das ist eine Voraussetzung zu einem möglichen Umstieg von Kolleginnen und Kollegen in das neue Wiener Bedienstetengesetz. Die EU hatte die alte Regelung der Vordienstzeiten gekippt. Bis November soll nun die Bundesregelung in das Wiener Landesrecht übernommen werden, fordert die FSG in der younion. Bei der Umsetzung ist darauf zu achten, dass keinem Bediensteten aus dem neuen Gesetz Verluste erwachsen dürfen. Als ersten Schritt konnten die younion-FSG erreichen, dass kein unnötiger bürokratischer Aufwand verursacht wird. Die Umstellung auf die neuen Regelungen erfolgt, ohne, dass die Bediensteten einen Antrag dafür stellen müssen.

Umstieg ins neue Wiener Bedienstetengesetz ermöglichen!

Gleichzeitig fordert die younion-FSG rasche Ergebnisse aus den Verhandlungen über einen möglichen Umstieg in das neue Wiener Bedienstetengesetz: „Die sozialpartnerschaftlich vereinbarte zweijährige Evaluierungsphase geht demnächst zu Ende. Wir erwarten uns eine zeitnahe Grundsatzentscheidung und ein Bekenntnis der Stadt zu einer Optimierungsmöglichkeit. Voraussetzung bei der Umsetzung ist die absolute Rechtssicherheit für die Kolleginnen und Kollegen. Es muss auch sichergestellt sein, dass der Umstieg in das neue System den neuesten Erkenntnissen und Urteilen der EU entspricht.

Klinik Floridsdorf – Entschuldigung des Vorstandes war überfällig – rasche Auszahlung gefordert

Die MitarbeiterInnen der Klinik Floridsdorf leisten seit der Inbetriebnahme des Hauses großartige Arbeit. Die Auszahlung der zustehenden Zulagen und Nebengebühren ist eine Selbstverständlichkeit. Der FSG-Landesvorstand in der younion unterstützt die betroffenen Kolleginnen und Kollegen und die HG II bei der Durchsetzung ihrer Rechte. Seitens des KAV erwartet die younion-FSG nach der längst fälligen Entschuldigung eine rasche Fehlerbehebung und Auszahlung der ausständigen Gelder.

[Read more ... younion-FSG: Umstieg in das neue Wiener Bedienstetengesetz ermöglichen!](#)

2019-09-02 07:17

SPÖ will Recht auf Teilzeit und Vier-Tage-Woche

Die SPÖ hat im Wahlkampf weitere Forderungen für die Arbeitnehmer vorgestellt. Unter anderem will Spitzenkandidatin Pamela Rendi-Wagner das Recht auf Teilzeit und auf die Vier-Tage-Woche umgesetzt sehen. Der durch die ÖVP-FPÖ-Regierung eingeführte Zwölf-Stunden-Tag wird zwar nicht grundsätzlich abgelehnt, dennoch brauche es Schutz vor überlangen Arbeitszeiten statt eines „Freiwilligkeitsschmäh“.

„Das schwarz-blaue Arbeitszeitgesetz war vor allem eines: Ein einseitiger Deal zugunsten der Unternehmen“, schließt sich auch FSG-Vorsitzender Rainer Wimmer und zweiter auf der SPÖ-Bundesliste gegenüber der APA den Forderungen von Rendi-Wagner an. Hier brauche es einen Ausgleich, denn Arbeitnehmer seien „keine bloßen Betriebsmittel, sondern Menschen, denen man mit Respekt begegnen muss“.

Dementsprechend fordert die SPÖ auch offiziell einen „Rechtsanspruch auf Teilzeitphasen, die zum Leben passen“. Konkret gemeint sind damit Kinderbetreuung, Pflege, Bildung und Alter. Ebenfalls einen Rechtsanspruch solle es auf eine Vier-Tage-Woche geben. Im Blick hat die SPÖ dabei Pendler und Pendlerinnen, die täglich ein bis zwei Stunden am Weg zur Arbeit und von der Arbeit nach Hause verbringen. Diese sollten ihre normale Arbeitszeit darauf aufteilen können.

Gegen Arbeitsverhältnisse „die krank machen“

Nicht zuletzt würde die SPÖ auch eine „faire Erreichbarkeit“ der sechsten Urlaubswoche umsetzen. Diese steht dem Arbeitnehmer im privaten Arbeitsrecht nur dann zu, wenn man die notwendigen 25 Jahre bei ein und demselben Arbeitgeber verbracht hat. Bei einem Wechsel bleibt man bei fünf Wochen. Rendi-Wagner und Wimmer fordern hingegen die gesetzliche Zusammenrechnung aller Dienstzeiten aus Arbeitsverhältnissen für den Urlaubsanspruch.

„Der Fleiß der Österreicherinnen und Österreicher darf nicht in Arbeitsverhältnisse führen, die krank machen“, argumentiert Rendi-Wagner ihre Forderungen im Wahlkampf. Hier brauche es einen Ausgleich zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen. Ausreichende Ruhezeiten sorgten nicht nur für mehr Lebensqualität, sondern seien auch gut für die Gesundheit.

[Read more ... SPÖ will Recht auf Teilzeit und Vier-Tage-Woche](#)

2019-08-30 09:57

[AK: Ein Drittel der ArbeitnehmerInnen in Wien hat 12-Stunden-Tage](#)

AK Präsidentin Renate Anderl: „Wir brauchen dringend Arbeitszeitverkürzung“

Das Arbeitszeitgesetz führt laut einer Sora-Umfrage im ersten Halbjahr 2019 zu längeren Arbeitszeiten: 31 Prozent der ArbeitnehmerInnen in Wien sagen, dass sie vom 12-Stunden-Tag betroffen sind. JedeR Zweite (52 Prozent) gibt an, unter wachsendem Druck am Arbeitsplatz zu leiden. Anderl: „Wir brauchen dringend eine Arbeitszeitverkürzung, die leichtere Erreichbarkeit der sechsten Urlaubswoche und die 4-Tage-Woche sind dazu ein erster wichtiger Schritt.“

Bestätigt wird das Ergebnis der Sora-Umfrage (telefonische Befragung unter 1.000 Wiener ArbeitnehmerInnen, 1. Halbjahr 2019) durch eine kürzlich von Deloitte Österreich, der Universität Wien und der Universität Graz veröffentlichte Umfrage unter 214 Führungskräften und Personalchefs: Die

Möglichkeit eines 12-Stunden-Arbeitstages in der Gleitzeit wird bereits von 30 Prozent der Unternehmen genutzt. AK Präsidentin Renate Anderl: „Das heißt in 30 Prozent der Unternehmen kann 12-Stunden am Tag ohne Überstundenzuschläge gearbeitet werden –dabei hat die Regierung bei der Einführung versichert, dass Überstundenzuschläge bleiben.“ Gleitzeit ist aber nicht dazu da, dass abgearbeitet wird, was man in der Normalarbeitszeit einfach nicht schafft. Das sind in Wirklichkeit implizit angeordnete Überstunden.

In einigen Bereichen werden selbst die 12 Stunden noch überschritten, wie der Arbeiterkammer berichtet wird: Alle Tourismusbetriebe in Vorarlberg nutzten in der Wintersaison die Möglichkeiten des 12-Stunden-Tages und der verkürzten Ruhezeit voll aus. In mehr als 20 Fällen wurde auch die neue Regelung überschritten und dazu Ruhezeiten nicht eingehalten. In einigen Extremfällen gab es Wochenarbeitszeiten bis zu 91 Stunden und Tagesarbeitszeiten von bis zu 18 Stunden.

„Vollzeitbeschäftigte arbeiten im Schnitt 41,2 Stunden die Woche, 43 Millionen Über- und Mehrstunden werden nicht bezahlt. Wir reden da von einer Milliarde Euro im Jahr“, kritisiert Anderl. „Wir brauchen weniger Arbeitsdruck. Wir müssen ernsthaft über Arbeitszeitverkürzung diskutieren, das ist es auch, was die Beschäftigten wollen.“

[Read more ... AK: Ein Drittel der ArbeitnehmerInnen in Wien hat 12-Stunden-Tage](#)

Page 2 of 9

- [Previous](#)
- [1](#)
- [2](#)
- [3](#)
- [4](#)
- [5](#)
- [6](#)
- [7](#)
- [Next](#)
- [Last »](#)